

Julia Fromm

Privatautonome Vorsorge

Gestaltung, Registrierung, Durchsetzbarkeit

**WISSENSCHAFTLICHE BEITRÄGE
AUS DEM TECTUM VERLAG**

Reihe Rechtswissenschaften

WISSENSCHAFTLICHE BEITRÄGE AUS DEM TECTUM VERLAG

Reihe Rechtswissenschaften

Band 116

Julia Fromm

Privatautonome Vorsorge

Gestaltung, Registrierung, Durchsetzbarkeit

Tectum Verlag

Julia Fromm

Privatautonome Vorsorge. Gestaltung, Registrierung, Durchsetzbarkeit
Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag:

Reihe: Rechtswissenschaften; Bd. 116

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018

Zugl. Diss. Georg-August-Universität Göttingen 2018

E-PDF: 978-3-8288-7180-9

ISSN: 1861-7875

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN
978-3-8288-4252-6 im Tectum Verlag erschienen:)

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet
www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2016/2017 fertiggestellt und im Sommersemester 2018 von der juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen als Dissertation angenommen – Gesetzeslage, Rechtsprechung und Literatur sind bis Januar 2017 berücksichtigt.

Sehr herzlich möchte ich mich bei meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Andreas Spickhoff, bedanken, der diese Arbeit im Rahmen meiner wissenschaftlichen Mitarbeit am Institut für Notarrecht in Göttingen angeregt und ermöglicht hat. Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Volker Lipp danke ich für die Übernahme und Erstellung des Zweitgutachtens sowie Frau Prof. Dr. Inge Kroppenberg für die angenehme mündliche Prüfung.

Von ganzem Herzen danke ich meinem Mann und meiner Familie, die mich fortwährend begleitet und in jeglicher Hinsicht unterstützt haben. Besonders dankbar bin ich meinem lieben Großvater, ohne den es diese Arbeit letztlich nicht geben würde – ihm ist sie in liebevollem Gedenken gewidmet.

Oldenburg
im August 2018

Julia Fromm,
geb. Schmidt

Für meinen lieben Großvater

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XVII
§ 1 Einführung in das rechtliche Themenumfeld	1
A. Vorbemerkung	1
B. Rechtslage ohne private Vorsorgegestaltung	4
I. Überblick	4
II. Ohne Vorsorgevollmacht	4
1. Regelungen über die Handlungsunfähigkeit	4
a) Allgemeines	4
b) Geschäftsunfähigkeit	5
c) Vorsorgerelevante Bewertung	7
2. Einrichtung der rechtlichen Betreuung	8
a) Voraussetzungen der Betreuerbestellung	8
b) Verfahren	9
c) Rechtswirkungen der Betreuung	10
d) Vorsorgerelevante Bewertung	11
3. Geschäftsführung ohne Auftrag	13
a) Einzelne Voraussetzungen	14
b) Verhältnis von Wille und Interesse	14
c) Vorsorgerelevante Bewertung	16
III. Ohne Vorsorgevollmacht und ohne Patientenverfügung	16
1. Regelungen über die Handlungsunfähigkeit	17
a) Wirksame Einwilligung	17
b) Einwilligungsunfähigkeit	18
c) Vorsorgerelevante Bewertung	18
2. Einrichtung der rechtlichen Betreuung	19
3. Grundsätze der mutmaßlichen Einwilligung	20
a) Ermittlung des mutmaßlichen Willens	20
b) Verhältnis von Wille und Interesse	21
c) Vorsorgerelevante Bewertung	22
IV. Ohne Betreuungsverfügung	23
C. Zwischenergebnis	23

§ 2 Spezifische Merkmale und wesentliche Aspekte zur Gestaltung privater Vorsorge	25
A. Vorsorgevollmacht.....	25
I. Rechtliche Ausgangslage	25
1. Begriffliche Bedeutung im Rahmen des Betreuungsrechts	25
2. Rechtliche Grundlagen	27
a) Vollmacht für rechtsgeschäftliches und rechstgeschäftsähnliches Handeln	27
aa) Anwendung der allgemeinen Vorschriften der §§ 164 ff. BGB	27
bb) Art und Weise der Erteilung	28
cc) Innen- und Außenverhältnis.....	28
dd) Begründung einer schuldrechtlichen Verpflichtung	29
ee) Vollmacht ohne Regelung im Innenverhältnis.....	30
b) Vollmacht zur Einwilligung im personalen Bereich.....	32
aa) Zulässigkeit der Stellvertretung	33
bb) Anwendbarkeit der §§ 164 ff. BGB	33
cc) Keine Regelung im Innenverhältnis?	37
II. Adressaten- und Beteiligtenkreis	39
1. Information und Rechtsberatung	39
2. Vollmachterklärung	40
3. Grundverhältnis	40
III. Inhaltliche Ausgestaltung und möglicher Umfang	40
1. Erfassbare Angelegenheiten	41
a) Vermögensrechtliche Angelegenheiten	41
aa) Vermögenssorge	41
bb) Sonstige vermögensähnliche Angelegenheiten	42
b) Nicht-vermögensrechtliche Angelegenheiten (Personensorge i.w.S./Personaler Bereich).....	42
aa) Personensorge i.e.S.: Gesundheitsfürsorge	42
(1) Medizinische Maßnahmen (Gesundheitsangelegenheiten)	43
(a) Untersuchung des Gesundheitszustands, Heilbehandlung, ärztlicher Eingriff.....	43
(b) Lebenserhaltende/-verlängernde Maßnahmen und Behandlungsverzicht.....	44
(2) Aufenthaltsbestimmung und Freiheitsentziehung	44
(a) Allgemein	44
(b) Maßnahmen der freiheitsentziehenden Unterbringung	45
(c) Unterbringungsähnliche Maßnahmen	46
(3) Ärztliche Zwangsmaßnahme (Zwangsbehandlung).....	48
(4) Fälle im ambulanten Bereich.....	51
(a) Freiheitsentziehende Maßnahmen (Bettgitter usw.)	51
(b) Ärztliche Zwangsmaßnahme (Zwangsmedikation, Zwangstherapie)	52
(c) Konsequenzen für die Gestaltungspraxis.....	53
(5) Annexberechtigungen kraft Auslegung.....	54

bb) Umgangsbestimmung	55
cc) Sonstige persönliche Angelegenheiten.....	57
(1) Post und Telekommunikation	58
(2) Wohnung.....	58
dd) Totensorge	58
(1) Bestattung	59
(2) Organspende und Sektion.....	60
2. Reichweite der Vollmacht	61
a) Bereich der Vermögenssorge	61
aa) Spezial- und Gattungsvollmacht.....	61
bb) Generalvollmacht	62
cc) Faktisches Konkretisierungsbedürfnis: Zusätzliche Aufzählung von Beispielen?.....	62
b) Bereich der Gesundheitsfürsorge und sonstiger personaler Bereich	63
aa) Gesetzliches Konkretisierungserfordernis: Ausdrückliches Umfassen von Maßnahmen	63
bb) Entsprechendes Konkretisierungserfordernis für sonstigen personalen Bereich?	64
cc) Zuordnung des Vollmachtsumfangs	68
3. Sonstiger Klärungsbedarf	69
a) Insichgeschäfte nach § 181 BGB.....	70
b) Schenkungen	71
c) Mehrere Bevollmächtigte.....	73
aa) Mehrere Bevollmächtigte mit verschiedenen Aufgabenbereichen	73
bb) Mehrere Bevollmächtigte mit demselben Aufgabenbereich	73
(1) Gesamtvertretungsbefugnis	74
(2) Einzelvertretungsbefugnis	74
d) Überwachungs- und Kontrollbevollmächtigung	75
e) Ersatz- und Unterbevollmächtigung	76
f) Geltung der Vollmacht über den Tod hinaus	77
g) Widerruflichkeit	79
aa) Ausschluss	79
bb) Bei mehreren Bevollmächtigten	80
IV. Modalitäten des Wirksamkeitsbeginns von Vorsorgevollmachten.....	82
1. Aufschiebend bedingte Vollmacht	82
a) Bedingung: Eintritt der Geschäftsunfähigkeit.....	83
b) Bedingung: Eintritt der Fürsorgebedürftigkeit	83
c) Bedingung: Eintritt der Einwilligungsunfähigkeit.....	84
d) Vorlage eines ärztlichen Attests	84
2. Unbedingt erteilte Vollmacht	85
a) Keine sofortige Aushändigung	85
b) Weisung zur Verwendung im Innenverhältnis	86
3. Vollmacht mit verzögerter Aushändigungsanweisung	87

V. Geschäftsfähigkeit des Vollmachtgebers.....	88
1. Einwilligungsfähigkeit oder Geschäftsfähigkeit?.....	88
2. Feststellung der Geschäftsfähigkeit	90
3. Bedeutung späterer Geschäftsunfähigkeit	91
VI. Auswahl des Bevollmächtigten	91
1. Eignung nach persönlicher Vorstellung	92
2. Eignung unter rechtlichen Aspekten	92
a) Geschäftsfähigkeit.....	92
b) Nichteignung wegen konkreter Gefahr für das Wohl des Betroffenen	94
c) Nichteignung der in § 1897 Abs. 3 BGB genannten Personen	95
d) Rechtsanwälte als Vorsorgebevollmächtigte	96
B. Betreuungsverfügung	97
I. Begriffsbestimmung	97
II. Verhältnis zur Vorsorgevollmacht	98
III. Adressaten- und Beteiligtenkreis	99
IV. Inhaltliche Gestaltungsmöglichkeiten	100
1. Vorschlag zur Auswahl der Betreuerperson	100
2. Anordnungen zur Durchführung der Betreuung (Betreuungsverhältnis)	101
V. „Willensäußerungsfähigkeit“ des Vorsorgenden	102
C. Patientenverfügung	102
I. Begriffliche Einordnung und Rechtsnatur.....	103
II. Voraussetzungen zum wirksamen Bestehen.....	105
1. Einwilligungsfähigkeit und Volljährigkeit.....	105
2. Schriftliche Festlegung	107
3. Bei positiver Patientenverfügung: Ärztliche Aufklärung oder Aufklärungsverzicht.....	107
III. Voraussetzungen zum verbindlichen Bestehen.....	108
1. Bestimmtheitserfordernis	108
2. Sachlicher Geltungsbereich	111
a) Aktuelle Lebens- und Behandlungssituation.....	111
b) Noch nicht unmittelbar bevorstehende Maßnahme	113
IV. Keine Voraussetzungen zur Wirksamkeit	114
1. Ärztliche und/oder rechtliche Beratung.....	114
2. Aktualisierung.....	115
3. Registrierung	116
V. Inhaltliche Gestaltungsmöglichkeiten und -grenzen	117
1. Unabdingbar: Sterbebegleitung (Schmerztherapie ohne lebensverkürzendes Risiko) ..	117
2. Zulässig: Sterbehilfe durch Verzicht auf (Weiter-)Behandlung	118
a) Unumkehrbarer Sterbeprozess mit unmittelbarer Todesnähe.....	119
b) Unabhängig von Art und Stadium der Erkrankung	120
aa) Wachkoma	120
bb) Demenz	122
3. Unzulässig: Direkte Sterbehilfe.....	124

4. Zulässig: Indirekte Sterbehilfe (Schmerztherapie mit ggf. lebensverkürzender Auswirkung)	125
5. Medizinische Maximalbehandlung nur bei ärztlicher Indikation	126
6. Besonderheiten im psychiatrischen Bereich	127
VI. Adressaten- und Beteiligtenkreis	129
1. Beratungs-/Informationsebene	129
2. Adressatenebene	130
a) Allgemeinverbindliche Außenwirkung	130
b) „Rangverhältnis“ der Adressaten?	130
aa) Behandelnde(r) und Patientenvertreter	131
(1) Vorrangig: Patientenvertreter?	131
(a) Keine direkte Geltung der Patientenverfügung – Umsetzung der Patientenverfügung nur indirekt über Vertreter möglich	132
(b) Standpunkt der Rechtsprechung?	132
(2) Vorrangig: Behandelnder?	134
(a) Direkte Geltung – direkte Umsetzung	134
(b) Sonstige rechtliche Interessenwahrnehmung?	135
(3) Nebeneinander von Behandelndem und Patientenvertreter	136
(a) Gesetzlicher Idealfall: Gleichrangige Adressaten	137
(b) Gesetzliche Grundoption: Behandelnder als „alleiniger“ Adressat	138
(4) Schlussfolgerungen für die Praxis	141
bb) Nahe Angehörige, Vertrauenspersonen	142
cc) Zwischenergebnis zum „Rangverhältnis“	144
c) Gerichte	144
VII. Verhältnis zur Vorsorgevollmacht und zur Betreuungsverfügung	145
 § 3 Formfragen	149
A. Vorsorgevollmacht	149
I. Grundsatz der Formfreiheit	149
1. Vorkommnis formlos erteilter Vollmachten?	150
a) Bei alltäglichen Rechtsgeschäften	150
b) Bei weitreichenderen Rechtsgeschäften	151
aa) Bankgeschäfte	151
bb) Behandlungsverträge	152
c) Bei Einwilligung in medizinische Maßnahmen	154
2. Schriftform aus Gründen der Zweckmäßigkeit	156
II. Erforderlichkeit der Schriftform	157
1. Gesetzliche Formerfordernisse	157
a) Ärztliche Maßnahmen, Unterbringung, unterbringungsähnliche Maßnahmen	157
b) Verbraucherdarlehen	157
c) Ausschlagung einer Erbschaft	158

d) Unternehmensbezogene Anliegen	158
aa) Gesellschaftsvertrag einer GmbH	158
bb) Stimmrechte	158
2. Formalgesetzliche Anforderungen an den Nachweis	159
a) Grundbuch (§ 29 GBO).....	159
b) Handelsregister (§ 12 HGB).....	159
c) Prozess	160
3. Formerfordernis aus rechtsmethodischen Gründen.....	160
a) Teleologische Reduktion des § 167 Abs. 2 BGB.....	160
b) Beurkundungsbedarf bei Grundstücksgeschäften (§ 311b Abs. 1 S. 1 BGB)	161
c) Sonstige beurkundungsbedürftige Angelegenheiten.....	163
d) Wohnungs-, Post-, Fernmeldeangelegenheiten, Umgangsbestimmung?	163
III. Einzelne Formen	163
1. Einfache Schriftform.....	164
2. Öffentliche Beglaubigung	166
a) Beglaubigung durch den Notar.....	166
b) Beglaubigung durch die Betreuungsbehörde	167
3. Notarielle Beurkundung.....	171
a) Allgemeines	171
b) Prüfungs-, Beratungs-, Belehrungs- und Hinweispflichten	172
c) Feststellungen zur Geschäftsfähigkeit.....	173
d) Kostengesichtspunkte	174
IV. Grundverhältnis	179
V. Zwischenergebnis	180
B. Betreuungsverfügung	182
I. Grundsatz der Formfreiheit	182
II. Zweckmäßigkeit der Schriftform.....	182
III. Notarielle Beurkundung	182
IV. Öffentliche Beglaubigung.....	183
V. Zwischenergebnis	184
C. Patientenverfügung	184
I. Schriftformerfordernis aus § 1901a Abs. 1 S. 1 BGB	184
II. Notarielle Beurkundung	185
III. Öffentliche Beglaubigung.....	187
1. Beglaubigung durch den Notar	187
2. Beglaubigung durch die Betreuungsbehörde?	187
IV. Zwischenergebnis	187
§ 4 Möglichkeiten zu Hinterlegung und Registrierung	189
A. Hinterlegung bei Gericht	189
I. Landesspezifische Regelungen	189

II. Ablieferungs- und Unterrichtungspflicht	190
1. Betreuungsverfügung.....	190
2. Vorsorgevollmacht	193
3. Patientenverfügung.....	195
4. Zwischenergebnis	196
B. Zentrales Vorsorgeregister der Bundesnotarkammer	196
I. Entstehung und Ziele	197
II. Gegenstand der Registereintragungen	198
1. Angaben i.S.d. § 78a BNotO und § 1 VRegV	198
2. Keine Speicherung konkreter Inhalte	199
3. Rechtliches Bestehen.....	199
III. Antragsstellung	200
IV. Gebühren.....	201
V. Auskunft aus dem Register nur für die Justiz	202
VI. Keine Rechtsscheinwirkung	203
VII. Kritik	204
VIII. Zwischenergebnis.....	207
§ 5 Änderung, Ergänzung und Löschung.....	209
A. Abänderung oder Aufhebung im Allgemeinen	209
I. Vorsorgevollmacht	209
1. Widerrufserklärung: Wirksamkeit, Form, Umsetzung und Durchsetzbarkeit	209
a) Zugang der Erklärung.....	209
b) Maßnahmen zur Beseitigung des Rechtsscheins	210
aa) Vollmacht für rechtsgeschäftliche und rechtsgeschäftsähnliche Belange	210
bb) Vollmacht im personalen Bereich	211
c) Form	213
d) Wahrung der qualifizierten Form bei Abänderungen	214
e) Geschäftsfähigkeit.....	216
2. Grundverhältnis	217
a) Kündigung des Auftragsverhältnisses	217
b) Widerruf von einzelnen Weisungen	220
II. Betreuungsverfügung.....	221
1. Bewusste Änderung oder Aufhebung	222
2. Änderung der äußeren Umstände.....	223
III. Patientenverfügung.....	223
1. Bewusste Änderung oder Aufhebung	224
2. Änderung der äußeren Umstände.....	226
a) Einbeziehung in die umfassende Verbindlichkeitsprüfung nach § 1901a Abs. 1 S. 1 BGB	226
b) „Fehlen oder Wegfall der Erklärungsgrundlage“	227
c) Ergänzende (Testaments-)Auslegung	231

B. Ausgangslage bei hinterlegten und registrierten Vorsorgeverfügungen	235
I. Abänderung und Aufhebung nach gerichtlicher Hinterlegung	235
II. Abänderungs- bzw. Löschungsverfahren beim Vorsorgeregister	236
1. Gebührenpflichtiges Antragsverfahren	236
2. Empfehlung der Registerbehörde: Eintragung eines Widerrufs.....	237
a) „Meldeformular W“ bei Widerruf der Vorsorgevollmacht	237
b) Dokumentation der Eintragungshistorie	238
c) Weitere Nachforschungen durch das abrufende Betreuungsgericht	238
d) Löschung der Registereintragung selten zweckmäßig	240
e) Eintragung eines Widerrufs auch bei Betreuungsverfügung und Patientenverfügung?	240
III. Versteinerungsgefahr und Risiko der Zementierung des Willens	242
1. Umregistrierung: Hindernisse, Hemmnisse und Versäumnisse	242
2. Mögliche Konsequenzen einer nicht erfolgten Umregistrierung.....	243
a) Ausgangspunkt: Richtigkeit und Vollständigkeit der über das Register auffindbaren Vorsorgeverfügungen.....	243
aa) Abrufendes Betreuungsgericht	243
bb) Weitere Adressaten: Betreuer, Vorsorgebevollmächtigter, Arzt, nahe Angehörige	244
b) Problem der Nachweisdichte bei Abweichungen.....	245
aa) Schriftliche Abweichungen	245
bb) Mündliche Abweichungen	246
3. Änderungslast und Umregistrierungslast	248
4. Abänderungslast auch im Hinblick auf hinterlegte Vorsorgeverfügungen.....	249
5. Notwendigkeit von Risiko-Hinweisen in der Praxis	249
a) Ministerien und Betreuungsbehörden	250
b) Bundesnotarkammer als Registerbehörde	250
c) Rechtsanwälte und Notare	251
 Zusammenfassung	253
§ 1: Einführung in das rechtliche Themenfeld	253
§ 2: Spezifische Merkmale und wesentliche Aspekte zur Gestaltung privater Vorsorge	254
§ 3: Formfragen	264
§ 4: Möglichkeiten zu Hinterlegung und Registrierung	268
§ 5: Änderung, Ergänzung und Löschung	269
 Literaturverzeichnis	279

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.E.	am Ende
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch Österreich
a.F.	alter Fassung
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AG	Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AnwGH NRW	Anwaltsgerichtsghof Nordrhein-Westfalen
AO	Abgabenordnung
Art.	Artikel
ArztR	Arztrecht (auch: Zeitschrift)
AT	Allgemeiner Teil
BÄK	Bundesärztekammer
BayGGVG	Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes
BayGVBl.	Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt
Bd.	Band
Begr.	Begründer
Beschl.	Beschluss
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BNoto	Bundesnotarordnung
BR-Drucks.	Drucksache des Bundesrates
bspw.	beispielsweise
BT-Drucks.	Drucksache des Bundestages
BtÄndG	Betreuungsrechtsänderungsgesetz
BtBG	Betreuungsbehördengesetz
BtKomm	Systematischer Praxiskommentar Betreuungsrecht
BtG	Betreuungsgesetz
BtPrax	Betreuungsrechtliche Praxis (Zeitschrift)
BtR	Betreuungsrecht
BVerfG	Bundesverfassungsgericht

BWNotZ	Zeitschrift für das Notariat in Baden-Württemberg
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
DÄBl.	Deutsches Ärzteblatt
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
DJT	Deutscher Juristentag
DNotI-Report	Informationsdienst des Deutschen Notarinstituts
DNotZ	Deutsche Notarzeitschrift
Dt.h	Deutsc
ebda.	ebenda
Einf v	Einführung von
Einl.	Einleitung
etc.	et cetera
ErbR	Erbrecht
evtl.	eventuell
f./ff.	folgende/fortfolgende
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamFR	Zeitschrift für Familienrecht und Familienverfahrensrecht
FamR	Familienrecht
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FD-ErbR	Fachdienst Erbrecht
Festschr f	Festschrift für
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FGprax	Praxis der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Zeitschrift)
FGO	Finanzgerichtsordnung
Fn.	Fußnote
FPR	Familie Partnerschaft Recht (Zeitschrift)
FPPK	Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie (Zeitschrift)
FuR	Familie und Recht (Zeitschrift)
GBO	Grundbuchordnung
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GNotKG	Gesetz über Kosten der freiwilligen Gerichtsbarkeit für Gerichte und Notare
grds.	grundsätzlich
Hk-BGB	Handkommentar BGB
Hrsg.	Herausgeber

i.d.R.	in der Regel
i.V.m.	in Verbindung mit
IPrax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts (Zeitschrift)
i.S.v.	im Sinne von
i.S.d.	im Sinne des/der
jM	juris – Die Monatszeitschrift
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht
KostO	Kostenordnung
krit.	kritisch
LG	Landgericht
lit.	litera (Buchstabe)
LPartG	Gesetz über eingetragene Lebenspartnerschaft
LS	Leitsatz
m. krit. Anm.	mit kritischer Anmerkung
MedR	Medizinrecht (auch: Zeitschrift)
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkasse Bayern und der Landesnotarkammer Bayern (Zeitschrift)
MittRhNotK	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer (Zeitschrift)
Mio.	Million
MRRG	Melderechtsrahmengesetz
MünchKomm	Münchener Kommentar
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
m.W.v.	mit Wirkung vom
NJW	Neue Juristische Wochenzeitschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report (Zeitschrift)
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
notar	Zeitschrift des Deutschen Notarvereins
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
OLG	Oberlandesgericht
OLG-NL	OLG-Rechtsprechung Neue Länder
PEG	perkutane endoskopisch kontrollierte Gastrostomie
PflR	Pflegerecht (Zeitschrift)
PsychKG	Psychisch-Kranken-Gesetz

R&P	Recht und Psychiatrie (Zeitschrift)
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz oder: Rechtsdepeche für das Gesundheitswesen (Zeitschrift)
resp.	respektive
Rn.	Randnummer
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger (Zeitschrift)
RpfStud	Rechtspfleger Studienhefte (Zeitschrift)
Rspr.	Rechtsprechung
RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
Rz.	Randzeichen
s.	siehe
S.	Seite oder Satz
SchlHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen (Zeitschrift)
SGB	Sozialgesetzbuch
sog.	sogenannt
StGB	Strafgesetzbuch
str.	streitig
StRspr.	Stetige Rechtsprechung
TPG	Transplantationsgesetz
u.	und
u.a.	unter anderem
UBG	Unterbringungsgesetz
u.s.w.	und so weiter
u.U.	unter Umständen
Überbl v	Überblick von
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
VerwR	Verwaltungsrecht
vgl.	vergleiche
Vorbem	Vorbemerkung
VRegV	Vorsorgeregister-Verordnung
z.B.	zum Beispiel
ZEKO	Zentrale Ethikkommission
ZErbR	Zeitschrift für die Steuer- und Erbrechtspraxis
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZfLt	Zeitschrift für Lebensrecht
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch
ZNotP	Zeitschrift für die Notarpraxis
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZVG	Zwangsvollstreckungsgesetz

ZVR Zentrales Vorsorgeregister
zzgl. zuzüglich

